

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

16 (10.1.1918) Abendblatt



nehmen und seine Unabhängigkeit durch die fremden Mächte anerkennen zu lassen.

Trotzki gegen die französische Militärabordnung. Stockholm, 10. Jan. (W.L.B.) Nach der Nowaja Schien verlangt Trotzki, daß die französische Militärabordnung ihre Aufklärungsbüro schließe, ihre drahtlose Telegraphie aufhebe und ihre Offiziere über die Grenze schicke.

Die Friedens-Verhandlungen mit Rußland.

Russische Zuvorkunft.

Berlin, 8. Jan. (Städt. Ztg.) Von der russischen Grenze wird gemeldet: Die Krasnaja, das Organ Trotzki's, berichtet, daß die Russischen für einen beschleunigten Abschluß der Friedensverhandlungen sich wieder gebelst haben. Trotzki verfüge über sämtliche Vollmachten, um einen Frieden zu schließen. Der vorläufiglich am 18. Januar zusammentretenden Konstituante würden positive Ergebnisse vorgelegt werden können.

Sozialdemokratische Kundgebung.

Berlin, (N.N.) Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat eine Kundgebung beschlossen, in welcher sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringen will, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zum Zweck verschleierter Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wegen dieser Kundgebung sind nicht, dürfte klar sein. Sie richtet sich gegen eine Erklärung, welche Unterstaatssekretär von dem Vizepräsidenten im Haushaltsausschuß des Reichstags abgegeben hat, und welche lautete: „Der Standpunkt des Reichstags zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert; aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, welche lediglich von den Interessen der Entente eingeschrieben ist.“ Der Standpunkt des Reichstags ist der, daß die bestehenden Landesvertretungen von Polen, Litauen und Kurland als berufene Vertreter ihrer Nationen anzusehen sind und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ihrer Völker befugt erscheinen. Die Sozialdemokraten dagegen verlangen ganz oder ungefähr dasselbe wie die Russen, nämlich, daß eine allgemeine Volksabstimmung stattfinden soll, bei welcher jede Einschränkung deutscherseits ausgeschlossen ist. Es ist klar verständlich, wie die sozialdemokratische Fraktion ein auf sich beachtenswertes Prinzip so rücksichtslos auf die Spitze treiben kann.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

B.Z.K. Karlsruhe, 10. Jan. 1918.

Am Regierungstisch sämtliche Minister, mit Ausnahme des Finanzministers. Die Tribüne ist fast besetzt. Präsident Dr. Schuler eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten.

Die allgemeine Finanzdebatte wird fortgesetzt.

Hg. Kolb (Soz.): Das Bild von der finanziellen Lage bedarf einer Korrektur durch die großen Erörternisse, die nach dem Kriege anfallen werden, insbesondere im außerordentlichen Etat. Es wäre gut gewesen, wenn der Etat mit gleichem Budget sich an große verbundene Anlagen herangemacht hätte, wie die Städte. Des Murgewert wäre dann fertig. Richtige Beamte sollten nicht viele Jahre auf etatmäßige Anstellung warten müssen, bis zu verjahren. In M. ich werden wir eine durchgreifende Reichsfinanzreform nötig haben. Der Finanzminister sagte, daß hier auch der Verbrauch herangezogen werden soll; daß dabei die Wiedereinnahmen gespart werden sollen, in ein Widerstand, denn dabei ergibt die Steuer nicht. Wir protestieren gegen Verbrauchssteuern und verlangen direkte Reichsteuern. Die Frage der Einführung der Monopole ist heute spruchreif. Der Krieg hat uns in staatswirtschaftliche Verhältnisse gebracht, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Der Sozialismus ist heute nicht mehr bloße Theorie. Die Kartellierung und Synchronisierung der Industrie kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Anstelle der Privatmonopole muß das Staatsmonopol treten. In der Kohlegewinnung hat sich der Staat ganz abhängig gemacht von dem Privatmonopol. Militärisch mußte das Volk bezogen in weil der Staat keinen Einfluß auf die Produktion und Produktionsfacilitäten hatte. Man muß nach sozialistischen Grundsätzen an diese Fragen herantreten. Dasselbe gilt von den Waggonfabriken. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für Durchführung der Reichseisenbahnen. Die Selbständigkeit der Staatsbahnen ist ein Wort. Bezuhlen steht durch, was es will. Bei d. r. Steuererhebung muß viel mehr der Steuerertrag gleichmäßig verteilt werden. Jeder muß unter Eid stehen. Jede falsche Angabe muß mit Zuchthaus bestraft und das nicht faterielle Vermögen mußte restlos vom Staat eingezogen werden. Wenn auf der einen Seite Millionen mit Hilfe des Staats verdient werden können, darf man sich nicht wundern, wenn auch die Kleinen verdienen wollen. Die Gewinne der Landwirtschaft sind ja nur ein Rohmaterial gegenüber den Verdiensten der Industrie. Der Staat hat auch hier, der Landwirtschaft der Privatwirtschaft zu sein. Die Epoche der Staatswirtschaft hat begonnen. Wenn wir auch die demokratischen Einrichtungen treffen, geben aber nicht auch demokratische wirtschaftliche Garantien, so wird das Volk darunter leiden. Die Herrschaft der bisher das Kapital ausgeübt hat, muß in eine Dienenrolle umgewandelt werden, wenn nötig mit Zwang. Der Staat muß über dem Kapital stehen. „Wehe dem Staatsmann, der die Reichen der Welt nicht verachtet!“ Die Massen haben heute eine ganz andere Bedeutung, als vor dem Krieg. Heute steht man nicht mehr in der Oberrigkeit den Staat. Das Einkommen von Volk und Staat muß wieder erhalten werden. Den Wünschen für Herrn v. Dürck schickte wir uns von Herzen an. Wir anerkennen seine Leistungen auf dem Gebiete der Justiz und der Schule. Wenn wir auch in politischer Hinsicht manche schwere

Kämpfe mit ihm führten, hält uns das nicht ab, ihm ein gutes Andenken zu bewahren. Den Ministern Düringer konnten wir nicht. Wir begrüßen es aber, daß er aus der Reichspräsidenten hervorgeht. Der neue Staatsminister Hr. v. Bodman ist kein Reuiger. Es übertrifft nicht, daß er die Wege seines Vorgängers gehen will. Daß gerade Dr. Schöfer seine Erklärung so freundlich aufnahm, stimmt bedenklich. Ein Schienenwechsel wäre nach der Thronrede notwendig gewesen. Bodman hätte besser daran getan, ein offenes Bekenntnis abzugeben. Was im Reich möglich ist, sollte auch bei uns möglich sein. Niemand will das parlamentarische System Frankreichs bei uns. Parlamentarier sollen in die Regierung kommen. Man muß aber der Frage praktisch gegenüber treten. Dr. Dietrich und Dr. Schöfer gaben ein schönes Beispiel. (Große Heiterkeit.) Ohne Demokratisierung kann Deutschland nicht leben. Wir stehen vor einem Augen von Göttern, der nicht allein aus unserer wirtschaftlichen Heberlegenheiten hervorgeht, sondern durch unsere politischen Einrichtungen hervorgerufen wurde. (Abg. Dietrich: Und durch die Presse! Hr. v. Bodman: Auch die Presse! Hr. v. Bodman: Auch die Presse! Hr. v. Bodman: Auch die Presse!) Die Monarchie soll ihre Interessen selbst vertreten. Sie hat gut daran, wenn sie die Reichen der Welt bezieht und wird stark sein, wenn sie mit den Massen geht. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß man ohne Fühlung mit der Volkvertretung das Ministerium zusammensetzt. Schon mehr als ein Minister ist nicht wegen des Verleumdungs in die Wüste geschickt worden, sondern weil er einer Klasse unheimlich war. Der Wortschatz sollte nicht nur die Minister, sondern auch der Bürger hat Bestimmung. „Einer gleich dem anderen“ hat Bestimmung. (Große Heiterkeit.) Das ist nicht möglich ohne Demokratisierung. Dr. Schöfer hat gestern unwidrig geäußert, daß der § 137 des Grundgesetzes aufgehoben werden muß. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dieser Paragraph unwidrig erhalten werden muß. An der Staatsformel in der Schule (Hr. v. Bodman: Die wird nicht angestrichelt) lassen wir nicht rütteln! (Dr. Schöfer: Sozialdemokratische Freiheit!) Der Paragraph kann geändert werden, aber so wie wir sozialdemokratischen Standpunkt die Dinge aufzufassen, muß daran festgehalten werden, daß die Errichtung von Privatschulen durch die Kirche der Genehmigung durch die Landesregierung bedarf. (Abg. Schöfer: Ausnahmegefehl!) Den Großklub haben wir gebildet, weil die Zeit dazu gekommen war. Wir sind doch nicht dazu da, den Nationalen Mandate zu verschaffen auf unsere Kosten. Da kam die Anregung des Herrn v. Bodman und die Sache wurde gemacht. Das der Hg. Ged. Schuld daran sei, hat niemand gedacht. Er ist der parlamentarische Politiker in Mitteldeutschland (Beiterkeit.) Er ist nicht so radikal, als er selbst glaubt. Wer ihn beurteilen will, darf dies nicht tun nach der Leipziger Volkszeitung, sondern nach dem Alt-Offenburger. Wir haben den Großklub gebildet, um dem Herrn v. Bodman Gelegenheit zu geben; es hat sich so vieles geändert, daß wir ihn nicht länger die Kopfgeheule des Großklubs lassen können. Bodman hat gestern einen Hummus auf den Reichstagen gehalten. Die Dinge sind sehr bedauerlich. Gegen den Reichstag wird eine Fehde getrieben, die gefährlich wird. (Sehr richtig im Zentrum.) Soll das Volk auf der Straße gehen, daß die Reichstagspartei das Volk nicht hinter sich hat? (Hört bei den Rechten.) Man hat sogar nach einem Fort von Marxenberg gerufen. Es soll die Dinge auf eigene Faust gegen Kaiser und Volk in die Hand nehmen. Die Situation war damals eine ganz andere als heute. Damals waren die Völker Objekt der Fürsorge, heute ist es anders. Was wir brauchen ist, was Feing Hag in seiner wunderbaren Rede verlangte: ein Weltgewissen. Ein Weltgewissen wäre der Ruin Europas. Ein neuer Krieg würde folgen. Leiden würden darüber die Pflichten und Amerikaner. Wenn es so käme, könnten wir mit der Müstung nicht anfangen, wo wir 1914 aufgeführt haben, sondern da wo wir am Ende des Krieges stehen. Das würde aber so viel kosten, daß wir alle Kulturaufgaben streichen könnten. Mit den Namen Hindenburg und Ludendorff treibt man ein gefährliches Spiel. Wir anerkennen ganz die großen militärischen Leistungen dieser Männer; man soll aber der Erinnerung des Volkes für sie nicht Abtrag tun, dadurch, daß man ihnen auch noch die Verantwortung für die answärtige Politik aufbürdet. Wir haben oft gesehen, daß die tüchtigsten Generale, nur wenige geniale Köpfe ausgenommen, schlechte Politiker waren. (Hr. v. Bodman: Sehr richtig!) Sollte wollte nach der Schlacht von Königgrätz Annexionen. Bodman hatte Mühe, den König von Preußen davon abzubringen. Und heute sehen wir, daß Bismarck recht hatte und nicht Wolke. Wir vertrauen auf Hindenburg und Ludendorff. Aber wir haben an Eschsch-Vollbringen gerade genug. Wir waren 1813 auch schwach, und doch haben wir uns der Franzosen erwehrt. Und ebenso würde es Frankreich machen, wie auch wir nicht rufen und alle Kräfte daransetzen würden, wenn man uns ein Stück Landes entziehen würde. Das Uebel ist, daß man in Preußen vielfach nicht einmal uns, vi. l. weniger die fremden Nationen richtig versteht. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Hg. Müller (Soz.): Wir brauchen ein gutes Stück wirtschaftlichen und politischen Demokratisierung. Die Neuorientierung liegt nicht allein in einer Erweiterung der Rechte, sondern erfordert auch die Erweiterung der Pflichten und der Selbstprüfung und Selbstbildung. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß auch die staatsrechtliche Religion eine Vertretung in der ersten Kammer erhält. Es genügt nicht, einen bloßen Entwurf vorzubereiten. Das Volk muß idealisiert werden, damit es nicht dem Materialismus verfällt. Der Krieg verhilft nicht nur viele Fluren, sondern auch viele Kulturen. Es muß viel wieder aufgebaut werden. Eine große Aufgabe läßt hier der Staat zu. Die Kirche allein kann nicht zureichen, der Staat muß auch zureichen, weil Leuende außerhalb der Kirche stehen. Nicht nur zum Scherz, sondern auch zum Staatsbürgerberuf muß erzogen werden. Wir stimmen von ganzem Herzen der Forderung zu, nach Erhaltung des föderativen Charakters des Reiches. Die Konsequenzen daraus haben wir bisher zu wenig gezogen. Das Volk, zu neun Zehntel Massenvolk, schlägt die Schladien. Weber Krieg und Frieden soll das Volk auch etwas mitzureden haben. In seinem Willen an den Tagen 1905 hat der Kaiser selbst gesagt: Das russische Volk soll seine Geschichte selbst in die Hand nehmen und bei d. m. Frieden wenigstens mitbestimmen! Soll dieser demokratische Gedanke nur für das russische Volk gelten? Man wird einen solchen Frieden, den das Volk mitbestimmt, ganz anders respektieren. Wo in demokratischen Staaten die Korruption herrscht, liegt es nicht an der Demokratie, sondern an dem Anwesen von Demokratie! Es ist, wie wenn jemand das Christentum anfragen wollte, daß das Gesetz der Gottheit nicht sehr mißachtet werden. Nicht das Christentum soll man anfragen, sondern die Christen (Zustimmung rechts.) Sozialer Menschenverstand, das muß auch eine Forderung der neuen Zeit sein. Die Arbeit ist nicht mehr geschäftlich, sondern ein nationales Kapital. Bodman hat von Hindenburg und Ludendorff gesprochen. Es gibt keinen in deutschen Völkern, der nicht mit Bewunderung für beide Männer erfüllt ist. Wenn die Feinde sich nicht zu einer Verständigung herbei lassen, werden diese Männer die Voraussetzung für den Frieden schaffen. Etwas anderes ist es aber, herauszufinden und etwas anderes den Inhalt des Friedens zu bestimmen. Gernin hat gesagt, das Vertrauen nach dem Kriege wäre ein Unheil, alles müßte verberstet werden; es würde den Ruin aller Staaten bedeuten. Redner erinnert an die erste Frage, die Wähler einmal

hier angeschnitten, die Bevölkerungsprobleme. Die Geburtenzahl habe in den letzten Jahren vor dem Krieg dreimal so hoch abgenommen als früher. Dabei müssen wir auch daran denken, daß die Eltern auch in der Lage sind, ihre Kinder zu ernähren. Wenn man nicht weiß, was Hunger ist, dann weiß man in dieser Zeit auch das Geld nicht richtig zu beurteilen. Wir sollten die herrliche Kapitalne immer und immer wieder dem Volke vorbehalten, aber auch die Antworten, die darauf gegeben wurden, insbesondere auch die unseres Bundesbruders Bayern, das gewalttätige Annexionen abschnitte. Das sollen sich auch die Altschönen zu Gemüte führen, auch wenn es ihnen nicht gefällt. Die Freiheit der Meere ist nur im Wege der Verständigung zu erreichen. Bodman hat die Arbeitslosigkeit für uns verlangt; aber wir können sie nicht allein auf den Willen für Abnahme unserer Waren an, sondern auf die Möglichkeit, sie bezahnen zu können. Die Verherrlichung des Reichspräsidenten bringt hervor das Gewaltprinzip. Denken Sie auch an die moralische Wirkung auf den kleinen Mann. Die Neuorientierung darf nicht auf die Illusionierung, sondern die Weisheit aller Völker ausgehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir so ein klein wenig auch Menschen sind. Und Menschen sind auch die anderen, auch die Verbrecher. Es trägt ein jeder Toter, sagt ein Dichter, des Verbrechers Angeficht, aber nicht nur jener Toter, auch jeder Lebende! Wir wären nicht in der Lage gewesen, die großen Schlachten zu schlagen, wenn wir nur auf die Hoffen der der Vaterlandspartei angewiesen gewesen wären. Die Friedensrevolution ist eine Kundgebung von Grundfragen, nicht ein Friedensangebot. Diese Grundfragen sind nicht vom Reichstag aufgestellt, sondern aus den Muten Deutschlands und seiner Verbündeten genommen.

Hg. Richter (N.N.): Nach diesem schrecklichen Krieg, der uns so große Leiden brachte, sollte die Regierung nicht davor zurücktreten, dem Kapitalismus entgegenzutreten. Es ist ein Fall vorzunehmen, daß einer sein Getreide an die Getreidegesellschaft liefern mußte; er konnte das Getreide wieder erhalten, wenn er 6 Mark mehr bezahlte. Ginge das für den Staat bei einem Monopol, so könnte man es billiger, aber nicht für die Getreidegesellschaft. Der Kaiser und seine Verbündeten haben die Hand zum Frieden erhoben. Die Feinde haben sie zurückgewiesen, ebenso den Friedensantrag des Papstes. Die militärische Entscheidung muß den Frieden bringen. Wir dürfen aber dann nicht die Gemütslichen spielen. Nachdem man die Friedensbereitschaft so schmachvoll zurückgewiesen, sollte man ihnen auch die Kosten aufladen. Die seit dem 12. Dezember 1916 zurückgeführt worden sind. Die katholische Kirche hat in diesem Kriege einen Sieg errungen, der hoffentlich die Streitigkeiten wird, die bei den Wahlkämpfen so oft geschwungen wurde. Die Soldaten sind draussen zu einem festen Kitt zusammengeschlossen worden. Möge das so bleiben für die Zukunft des Vaterlandes. Redner beklagt sich über Korruptionen beim Bierverkauf durch die Landwirtschaftskammer und darüber, daß er für wahrheitsgetreue Darstellung einer Spitz erhalten habe. (Zuruf.) Weitergehend auch eine Spitz. Redner stellt fest, daß beim Kraut der Händler 1200 Mt. Profit am Baggan einnehme. Da muß der Landwirt unzufrieden werden, wenn man ihn als den Müßiger hinstellt. Hier wird um 1 Uhr abgebrochen. Morgen 9 Uhr Fortsetzung.

Lokales.

Stadtkarlsruhe, 10. Januar 1918.

3 Haltestellen der Straßenbahn. Die Haltestelle Beethovenstraße in der Volkstraße ist aufgehoben, dafür die Haltestelle Weberstraße und Freydorffstraße (Grenadierstraße) wieder hergestellt. (Siehe Anzeiger.)

Herrentinder aus der Schweiz. Es wird uns berichtet, daß ein Teil der Schweizer Herrentinder heute nachmittags 3 Uhr 50 Min. über, falls der Anstich in Offenburg nicht erreicht wird, 5 Uhr 14 Min. hier ein treffen wird; die anderen Kinder werden morgen ein folgen.

Politische Nachrichten.

Die Aufnahme von Lloyd Georges Rede in Italien. Rom, 9. Jan. Die Römische Volkszeitung schreibt: Mit Bezug auf die Äußerungen des Oratorator Romano zur Rede Lloyd Georges: Welch merkwürdigen Funktionen man sich in römischen Kreisen hingibt, zeigt nachfolgender, uns aus der Schweiz zugehender eigener Drahtbericht: In römischen politischen und parlamentarischen Kreisen glaubt man, die Annahme Lloyd Georges werde die weitgehendsten Folgen nach sich ziehen. Die katholischen Zeitblätter sind der Ansicht, ein gerechter Friede sei nun einen bedeutenden Schritt vorwärts gerückt.

Die Römische Volkszeitung bemerkt hierzu: Eine solche Annahme wäre, wie wir wiederholt betonten, nur berechtigt, wenn Lloyd Georges Erklärung, daß England Reis bereit sei, die gemeinsamen Kriegsziele einer veränderten Sachlage entsprechend abzugeben, eine angemessene Tat folgen würde. Nur auf diese Weise kann der Friede kommen, nicht aber durch täuschende Vorpiegelungen, auf die wenigstens in Mitteleuropa niemand hereinfallen wird.

Verführung gegen das Leben Wilsons. Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.) Die Post. Ztg. meldet aus Bern vom 7. Jan.: Im Staate Washington wurden über 100 italienische Arbeiter verhaftet, die der anarchistischen Gesellschaft „Carlo di Studi Sozial“ angehören. Die Untersuchungsbehörden stellen fest, daß diesem Verbanne über 200 000 Arbeiter in den Vereinigten Staaten angehören. Gleichzeitig wurde eine Verführung in Italien italienischer Arbeiter gegen das Leben des Präsidenten Wilson aufgedeckt. Freiwillige sollen ausgelöst worden sein, die die Aufgabe hatten, den Präsidenten Wilson und den König Victor Emanuele von Italien zu ermorden. Eine ungeheure Propaganda-Literatur dieser Organisation reist zum tätlichen Widerstand gegen die Wehrpflicht und den Waffendienst auf.

Kohle amerikanische Greueligen gegen das deutsche Heer. Berlin, 10. Jan. (W.L.B.) Die Morning Post vom 28. Dezember erzählt aus Washington, General Pershing habe amtlich Kundgebungen, daß die Deutschen einem amerikanischen Gefangenen die Kohle durchschnitten hätten und er das ganze Land mit der deutschen Barbarei bekannt machen wolle. Man habe in Amerika Greuelnachrichten niemals geglaubt, hier aber sehe man sich einer unberechenbaren Latache gegenüber. Das amerikanische Heer habe genügend Erfahrung im Kampf gegen Wilde, um auch

mit den Deutschen fertig zu werden. In langen Kriegen hätten sie erkannt, daß der beste Indianer der beste Indianer sei. Sie würden auch wissen, welches der beste Deutsche sei.

Die Behauptung, daß Greuelnachrichten in Amerika niemals geglaubt wurden, ist übertrieben. Der amerikanische Zeitungen und Stimmungen im Weltkrieg kennen keine, weiß, daß keine Greuelnachricht dumm genug war, um nicht von amerikanischen Zeitungen gedruckt und von amerikanischen Publikum geglaubt zu werden. Aber, fährt der Bericht fort, hier liegt eine unberechenbare Latache vor. General Pershing ist bisher den Beweis schuldig geblieben. Er wird ihm nie gelingen. Immerhin: Die Amerikaner haben die Absicht, ihre Erfahrungen im Kampf mit Wilden zu verwerten! Vielleicht werden sie auch die Erfahrungen aus den Freiheitskriegen gegen die Engländer benutzen. Man erinnert sich, daß die Kämpfe von 1812 von den Briten mit unbeschreiblicher Rohheit und tierischer Grausamkeit geführt wurden. Die Engländer verbanden sich damals mit den Rothhäuten und setzten einen Preis von zwei Dollar auf jeden amerikanischen Skalp, ganz gleich, ob von Männern, Frauen oder Kindern, aus. Die Stadt Detroit wurde eingeschloßen, die Einwohner geschloßen. Fort Dearborn wurde erobert, die Besatzung niedergemacht, die Mitglieder auf englische Anstalten kalibriert, an Ferkel geunden und lebendig verbrannt. Die Amerikaner gedenken alle im Stile dieses Krieges und setzen der Auffassung, daß der beste Feind der tote Feind ist, zu kämpfen. Die Deutschen besiegen seit dreieinhalb Jahren die Nezer, Schurken und alle anderen wüsten Völkern, die für Recht, Freiheit und Kultur kämpfen, sie scheuen auch den Kampf mit den Amerikanern nicht.

Zurückweisung des Wilsonschen Kriegszielprogramms.

Berlin, 10. Jan. Unter der Überschrift „Wilson's Programm des Weltfriedens“ schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung redaktionell: Die 14 Punkte bilden im Gegenfall zu der Ueberschrift, die Wilson ihnen gibt, nicht ein Programm des Weltfriedens, sondern eine wahre Sinfonie des Willens zum Unfrieden, einseitig mit hoffnungslos klingenden Schallmeinen von der freien Schifffahrt und anderen Dingen, über die man in der ganzen Welt einig ist, wenn auch nicht über die Methoden ihrer Verwirklichung. Sie hätte es eines Eingreifens Wilsons nicht bedurft. Dort, wo er Gelegenheit gehabt hätte, dem Frieden zu dienen, hat er nicht nur versagt, sondern die gegenteilige Absicht klar zum Ausdruck gebracht. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker macht er sich die Befugnis zu, in die innerstaatlichen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns einzugreifen und proklamiert die Vergewaltigung der Nationen, die Außerachtlassung geschichtlicher und völkischer Tatsachen. Mit gleicher Unbekümmertheit findet er für die Teilung der Erde eine Begründung, die nie ein Mann ausgesprochen kann, dessen Volk! darauf hinausgeht, Wölfe und Kalbsteile, die zusammengehören und die sich ihrer Zusammengehörigkeit durchaus bewußt sind, gegeneinander auszuspielen. In der freisinnigen Hg. heißt es: Die H. H. werden die Bestimmungen Wilsons, wie er ihnen befehlen will, richtig einschätzen, genau so wie die Engländer die Bedingungen Wilsons von der Freiheit der Meere und der Schifffahrt.

Die Berliner Volkszeitung schreibt: Wilson's Friedensprogramm deckt sich im wesentlichen mit dem von Lloyd George entwickelten. Es ist für uns ebenso unannehmbar wie das englische. Britischer noch als Lloyd George verlangt die Abtrennung Elsaß-Lothringens, das zu neun Zehnteln von Deutschen bewohnt ist, und unverschämte fordert er die Lokalisierung der von Polen bewohnten Teile Preußens. Der Unterschied dieser neuen Wolschaft gegenüber früheren Kundgebungen liegt darin, daß früher der Ton und jetzt die Forderungen selbst eine dreifache Herausforderung Deutschlands bedeuten.

„Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben.“ Zürich, 10. Jan. (W.L.B.) In Paris und London frappt die Stelle des Berichtes, den General Crowder an den Kongress der Vereinigten Staaten richtete, in dem er erklärt, Amerika werde in jedem Jahre 700 000 Mann nach Europa senden können. Das sei zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. — Die Nachricht des nordamerikanischen Marinefahdes, daß ein amerikanisches Patrouillenschiff von einem U-Boot versenkt wurde, findet in der Presse starken Widerhall. Man fürchtet, daß die deutschen U-Boote auf den Moment lauern, um sich die amerikanischen Kriegsschiffe auf die See hinaus magen.

Luftwärme in Karlsruhe (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 9. Jan. mittags 2.23 Uhr — 6.2 Grad, nachts 9.23 Uhr — 5.5 Grad; 10. Jan. morgens 7.23 Uhr — 1.5 Grad. Höchste Temperatur am 9. Jan. — 2.7 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht — 8.5 Grad. Niederschlagsmenge, gemessen am 10. Jan. 7.23 Uhr früh 2.0 Millimeter. Schneehöhe am 10. Jan. 7.23 Uhr früh 15 Zentimeter.

Voranstehliche Witterung am 11. Januar: Meist trüb, zeitweise Schneefall, leichtes Tauwetter.

Wasserstand des Rheins am 10. Januar früh: Schiffspegel 90, gefallen 8. Rehl 100, gefallen 10. Magau 357, gefallen 10. Mannheim 286, gefallen 44.

Haltestellen der Straßenbahn

Mit Wirkung vom 14. ds. Mts. ab wird auf Linie 6 in der Volkstraße die Haltestelle Beethovenstraße aufgehoben, dafür die Haltestelle Weber- und Freydorffstraße (Grenadierstraße) wieder hergestellt. Karlsruhe, den 9. Januar 1918.

Städtisches Bahnamt.

Bezugspreis vier Mark pro Quartal durch die Post.

Notationsdruck in Karlsruhe.

Soll zer Bon Jul.

„Deutschland soll seit Beginn des Krieges der Entente...“

„So sind nämlich leitenden Männer um ihre Völker zu bewegen, verp...“

„Wir wissen, daß...“

„So möchte ich die Frankreichs sagen...“

„Neutralen — ein unser aller Wohlfa...“

„Sich auf dem Sp...“

„Sich geben. Sie ha...“

„auf einen vollen...“

„Die zahl unabhä...“

„auf einen vollen...“

„Die zahl unabhä...“

„auf einen vollen...“

„Die zahl unabhä...“

„auf einen vollen...“

„Die zahl unabhä...“

„auf einen vollen...“

„Die zahl unabhä...“

„auf einen vollen...“

„Die zahl unabhä...“

„auf einen vollen...“

„Die zahl unabhä...“